



«Migrantinnen und Migranten  
eine Stimme geben!»  
Cristina Anliker-Mansour,  
Stadträtin Grünes Bündnis

## stand

Stéphanie Penher:  
● **KWO plus –  
ein ökologisches Projekt**

## mittel

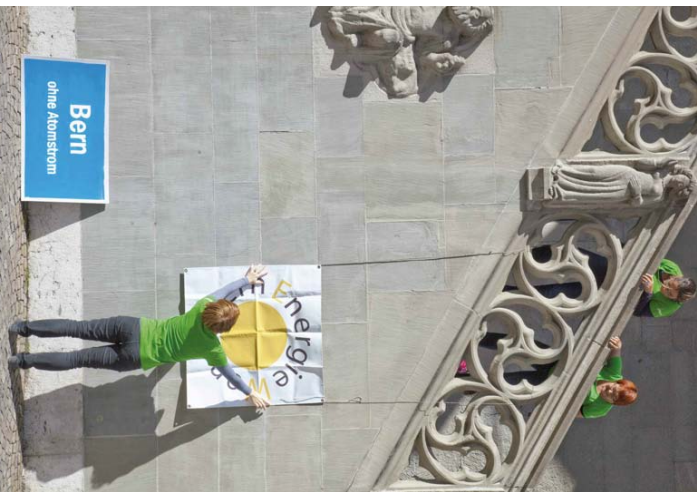
Zerstörerisches Sparen wegen  
verkehrter Steuerpolitik

## sicht

Judith Gasser:  
**Guerrilla Gardening – Blumen  
und Macht**

# Ein ökologisches Projekt dank Grüner Hartnäckigkeit

Die geplante Modernisierung der Kraftwerksanlagen Innerkirchen und Handeck überregelt durch nachhaltigen Naturschutz und Energieeffizienz. Zentral dabei: Ein JA zum ersten der drei voneinander unabhängigen Teilprojekte KWO plus erzwingt keine Zustimmung zu einer Erhöhung der Grimseilstaumauer.



Bern  
ohne Atomstrom

Im März stimmt die Berner Bevölkerung über die Beteiligung von EnergieWasserBern (ewb) am Teilprojekt I von KWO plus ab. Unter dem Rahmenbegriff KWO plus laufen drei eigenständige Projekte der Kraftwerke Oberhasli, die ein Investitionsprogramm in der Grösse von 1,2 Milliarden Franken vorsehen. Dank der im ersten Teilprojekt geplanten Optimierung der beiden bestehenden Kraftwerke soll ein höherer Wirkungsgrad erzielt und somit eine Leistungssteigerung erreicht werden. Zudem werden durch den Bau eines «Beruhigungsbbeckens» die starken Wasserschwanke und Schwallbildungen reduziert, die durch die wechselnden Belastungen des Werks als Folge des variierenden Stromverbrauchs entstehen. Das Überleben der dadurch bedrohten Kleinbewesen und deren Beitrag zum ökologischen Gleichgewicht sind damit gesichert. Das erste Teilprojekt von KWO plus kann sich dank grüner Politik und Hartnäckigkeit der Umweltverbände als ökologisches Projekt rühmen. Die weiteren Teilprojekte, über die erst in den nächsten Jahren abgestimmt werden soll, sehen eine Erneuerung des Pumpspeicherverks vor (Teilprojekt II) und die umstrittene Erhöhung der Grimseilstaumauer (Teilprojekt III). Das Grüne Bündnis (GB) unterstützt das Prinzip der Pumpspeicherung – der Speicherung von nicht sofort gebrauchter «Bandenergie» – nur, wenn die dafür notwendige Energie aus erneuerbaren Quellen stammt. Zur Erhöhung der Staumauer läuft derzeit ein gerichtliches Verfahren betreffend Neukonzessionierung und Verfassungsmässigkeit bezüglich Moorschutz. Diesen Entscheid gilt es abzuwarten. Denn ob sich das vor vielen Jahren unter völlig anderen Bedingungen geplante Projekt danach für die KWO ökonomisch überhaupt noch lohnt, ist derzeit offen.

Stephanie Pehler,  
Co-Präsidentin der GB/JA-Fraktion

## Abstimmungen vom 11. März

### Stadt

- Beteiligung von ewb am Projekt «Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innerkirchen» JA
- «Schluss mit unerlosem Bau von Zweitwohnungen!» JA
- «6 Wochen Ferien für alle!» JA

### National

- «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohnneigentum und zur Finanzierung von baulichem Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)» NEIN
- Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPbG) JA
- Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke JA



«Zeit ist ein wertvolles Gut: Zeit für Familien, soziales und politisches Engagement, Zeit für Erholung, Musee und Reflexion. Beschäftigte in der Schweiz sind europäische Spitzenreiter bei langen Arbeitszeiten. Die notwendige Care-Arbeit wird meist von teilzeitlanggestellten Frauen erledigt. Für mehr Geschlechtergerechtigkeit braucht es eine Arbeitszeitverkürzung. Mehr Ferien für alle sind ein Schritt in diese Richtung.»



«Kalte Betten sind eine Verschwendung von kostbarem Wohnraum. Bestialb müssen die Anreize für die dauerhafte Nutzung von Wohnungen besser gesetzt werden. Wir brauchen in der Stadt Bern mehr preisgünstige Wohnungen und gemeinsamen Wohnraum und keine Gelegenheitsdomizile für privilegierte Damen und Herren! Das GB bleibt am Thema Wohnen dran.»

## Nichts als gerecht

Die Arbeitnehmenden haben in den letzten Jahren immer härter gearbeitet. Dadurch hat zwar die Arbeitsproduktivität stark zugenommen, die Löhne sind jedoch nur wenig gestiegen. In Sachen Arbeitszeitverkürzung hat sich seit 15 Jahren überhaupt nichts bewegt. Ein JA zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle» ist ein geeignetes Mittel, um der wachsenden Belastung am Arbeitsplatz zu begegnen.

Die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» wird von den Gewerkschaften sowie den linken Parteien unterstützt. Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab und plädieren für sozialpartnerschaftliche Lösungen, um so Produktivitätsgewinne an die Arbeitnehmenden weiterzugeben. In Form von grosszügigeren Ferienregelungen, von Lohnerhöhungen oder kürzeren Arbeitszeiten. Heute ist im Obligationenrecht ein Anspruch auf vier Wochen Ferien verankert; Lehrlinge und Angestellte unter 20 Jahren er-

halten eine fünfte Ferienwoche. Effektiv verfügen heute viele Arbeitnehmende dank guten Gesamtarbeitsverträgen (GAV) über fünf Wochen Ferien. Viele Beschäftigte haben jedoch keinen GAV und Verbesserungen kommen in letzter Zeit nur noch für ältere Arbeitnehmende erzielt werden. Auch halten die Löhne mit der Produktivität keineswegs Schritt und der Trend zu noch längeren Arbeitszeiten hat sich mit der Wirtschaftskrise verstärkt.

Dadurch hat der Stress am Arbeitsplatz zugenommen. Stress generiert laut einer Seco-Studie jährlich zehn Milliarden Franken Folgekosten wegen Produktionsausfällen und medizinischer Kosten. Im Interesse aller braucht es deshalb einen besseren gesetzlichen Schutz, um dem zunehmenden Druck am Arbeitsplatz etwas entgegenhalten zu können – zum Beispiel, indem mehr Ferien vorgeschrieben werden.

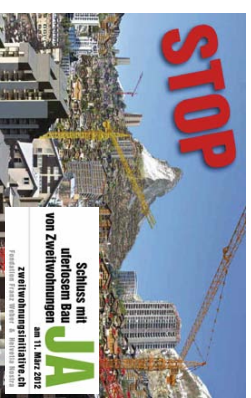
Christine Michel, GB-Stradträtin

## In jeder zehnten Berner Wohnung bleiben die Betten kalt

Mit einem JA zur Zweitwohnungsinitiative können bauliche Exzesse in Tourismusregionen verhindert werden. Nicht nur Tourismuseinheimen leiden unter den vielen kalten Betten. Auch in der Stadt Bern tragen Zweitwohnungen dazu bei, dass die Preise für Wohnungen steigen und der Wohnraum immer knapper wird.

Jahr für Jahr fressen sich mehr hässliche Jumbo-Chalets in inaktive Landschaften. Viele Schweizerinnen und Ausländerinnen träumen von eigenen Ferienheimen in den Bergen, doch der hohe Anteil an Zweitwohnungen verursacht vor allem Probleme: Die Gemeinden müssen ihre Infrastruktur auf die kurze Hochsaison mit Höchstbelegung ausrichten, obwohl die Betten in den restlichen zehn Monaten kalt bleiben. Zudem steigen die Immobilienpreise für die Einheimischen ins Unbezahlbare.

Gesamtschweizweitsch liegt der Anteil an Zweitwohnungen bei «nur» 12 Prozent. In den Tourismusregionen sieht das aber anders aus: In Laax sind z. B. 80 Prozent der Wohnungen Zweitwohnungen. Die Initiative «Schluss mit unerlosem Bau von Zweitwohnungen!» will den Anteil an Zweitwohnungen pro Gemeinde auf maximal 20 Prozent beschränken. Mit dieser Beschränkung wird ein Beitrag geleistet, damit



nicht noch das letzte Stück Kulturland der Bauwelt geopfert wird. Der vom Parlament erarbeitete wenig griffige Gegenvorschlag kann diesen Trend nicht stoppen. Die Problematik der Zweitwohnungen beschränkt sich nicht bloss auf Tourismusregionen. Laut dem Bericht des Gemeinderats «Wohnstadt Bern 2012» waren in der Stadt Bern im Jahr 2000 und 10 Prozent der Wohnungen zeitweise oder gar nicht bewohnt. Ein grosser Teil dieser Wohnungen wird wahrscheinlich als Zweitwohnungen genutzt. Zweitwohnungen sind ein Luxus für wenige, der die Wohnungsnot auch in den Städten verschärft.

Franziska Grossebacher, Koordinatorin der GB-Arbeitsgruppe Ökologie

Dank der GB-Initiative «EnergieWasserBern» wird der Atomstopp der Stadt Bern Realität.

# Steuersenkungsfälle fordert Rot-Grün-Mitte Politik

## Abstimmungen

Folgende Abstimmungen weisen den Weg aus der Schuldenfalle:

● **Ja zur «Ecotax», NEIN zum Volksvorschlag, Stichfrage:**

«Ecotax»:

Voraussichtlich im Juni wird die Abstimmung über die Autossteuern («Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge») wiederholt. Eine erneute Abstimmung wurde nötig, da eine Nachzählung des hauchdünnen ersten Volksschreids (wie von den Jungen Grünen Bern erfolgreich gefordert) wegen verrihteter Abstimmungszettel nicht möglich war. Bei der Abstimmung stehen zwei Varianten zur Auswahl: Die Vorlage des Grossen Rates («Ecotax») will ein ökologisches Besteuerungsmodell für Autos einführen.

Demgegenüber senkt der Volksvorschlag der Autolobby die Autossteuern generell um 120 Millionen Franken und fördert damit umweltschädliche Dreckschleudern.

● **Ja zur Initiative**

«**Faire Steuern – Für Familien:**

Die von Gewerkschaften, Grünen, SP und EVP lancierte Initiative fordert die im Jahr 2010 beschlossenen Einkommens- und Vermögenssteuersenkungen rückgängig zu machen und die Kinderabzüge weiter zu erhöhen. Zudem verlangt die Initiative die Abschaffung der ungerechten Pauschalbesteuerung. Eine Annahme der Initiative würde die Finanzlage des Kantons Bern um jährlich mindestens 80 Millionen Franken verbessern. Diese Abstimmung findet voraussichtlich im September statt.

Letzten November hat der Grosse Rat das Budget für das Jahr 2012 beraten und dabei hochproblematische Sparmassnahmen beim Service public – namentlich im Bildungs-, im Gesundheits- und im Sozialbereich – beschlossen. Verantwortlich für dieses zerstörerische Sparren ist die verkehrte Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien. Mit Abstimmungsscheiden können wir diese ändern.

Abbau von zwei Lektionen Gestalten an der Volksschule, 79 Millionen Franken weniger pro Jahr bei der Spitalversorgung, um 300 Franken höhere Studiengebühren an Universität und Fachhochschule, Kürzung der Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen: Diese und noch viele weitere Sparmassnahmen hat der Grosse Rat in der Novembersession beschlossen. Was sind die Ursachen dieser fatalen Sparbeschlüsse? Und was können wir dagegen tun?

**Strukturelle und konjunkturelle Herausforderungen** Finanzpolitik ist ein stetiges Auf und Ab. Eine Rezession macht sich nach wenigen Jahren mit tiefen Steuererträgen und höheren Sozialausgaben in der Rechnung bemerkbar. Politische Beschlüsse des Bundes müssen – oft verbunden mit hohen Kosten – von den Kantonen umgesetzt werden. Im 2012 wird der Kanton Bern von beidem stark getroffen. Wegen der Rezession von 2009 nimmt der Kanton deutlich weniger Steuern ein als erwartet. Und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes sowie der Pflegefinanzierung auf Bundesebene kosten den Kanton Bern 300 Millionen Franken.

**Der Preis für verfehlte Steuersenkungen**

Zusätzlich kommen ab dem Jahr 2012 Steuersenkungen zum Tragen, welche den Kanton Bern nochmals 138 Millionen Franken kosten. Und genau das ist die Hauptursache für die verfehlte Sparpolitik. All die fünf problematischsten Sparmassnahmen (Lektionennachbau an der Volksschule, Erhöhung der Studiengebühren, Abbau bei den Betriebsbeiträgen an Behinderteneinrichtungen sowie Kürzung bei der Spitalversorgung) wären ohne Senkung der Einkommen- und Vermögenssteuern überhaupt nicht nötig gewesen. Fazit: Die verkehrte Steuerpolitik führt zum drastischen Sparen auf Kosten der Ausildung zukünftiger Generationen, eines qualitativ guten Gesundheitswesens und der Schwächeren in der Gesellschaft.

Die Verantwortung für diese verkehrte Steuerpolitik tragen die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und



BDF. In der Grossratsdebatte im März 2010 hatte der Grüne Fraktionssprecher eindringlich an die Finanz- und gesellschaftspolitische Verantwortung appelliert: «Für einen steuerpolitischen Mini-Schritt einen finanzpolitischen Totalschaden beim Kanton und den Gemeinden in Kauf zu nehmen, wäre ein ganz schlechter Rat. Für ein steuerpolitisches Strohhütchen den innerkantonalen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden aufs Spiel zu setzen eben-

«Wir sind sauer!» Mit 30'000 Zitronen fordert das Gesundheitspersonal auf dem Berner Bahnhofplatz bessere Arbeitsbedingungen.

falls.» Heute wissen wir, dass der Weckruf alles andere als Schwarzmalerei war: Dieselben bürgerlichen Parteien, welche mit Steuersenkungen dem Kanton Bern öffentliche Gelder entzogen, setzen nun die härtesten Sparmassnahmen durch.

**Auswirkungen auf die Stadt Bern**

Die Auswirkungen dieser Politik betreffen nicht nur den Kanton, sondern ganz direkt auch die Gemein-

den. Diese haben ab 2012 allein wegen der Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern 73 Millionen Franken weniger Einnahmen. Damit müssen die Gemeinden selber den Gürtel enger schnallen und allenfalls eigene Sparmassnahmen umsetzen. Darüber hinaus wirkt sich auch die restriktivere Finanzpolitik des Kantons auf die Kommunen aus: Etwa, wenn der Kanton die Mitfinanzierung öffentlicher Angebote reduziert. Die Stadt Bern hat dies im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit hautnah miterlebt, wo die Beiträge aus dem Lastenausgleich um 29 Prozent resp. 1,1 Millionen Franken gekürzt wurden.

**Schuldenbremse ist ein Zwangskorsett**

An den umhaltbaren Zuständen ist auch die Schuldenbremse schuld. Diese schreibt vor, dass ein Budget mit Defizit nur mit einer 3/5-Mehrheit (96 von 160 Grossratsmitgliedern) beschlossen werden darf. Im bürgerlich dominierten Grossrat ist dies schlicht illusorisch. Ein abgelehntes Budget hätte zusätzliche Sparmassnahmen von bis zu 150 Millionen Franken bedeutet. Damit wären wir vom Regen in die Traufe geraten.

**Eine andere Politik ist möglich**

Im 2012 stehen im Kanton Bern zwei zentrale Volksentscheide an: Die Wiederholung der Abstimmung über die Autossteuern und jene über die gewerkschaftliche Initiative «Faire Steuern – Für Familien». Mit beiden Vorlagen können wir den Spardruck reduzieren und die Weichen für die Zukunft richtig stellen – denn mit beiden Vorlagen kann bei einem richtigen Abstimmungsausgang der Finanzhaushalt um je rund 100 Millionen Franken verbessert werden. Bildungsnachbau auf Kosten zukünftiger Generationen für ein paar Franken weniger Autossteuern? Genau um diese Frage geht's. Wer Sparen bei der Bildung, bei der Gesundheit und im Sozialbereich verhindern und wichtigen Projekten wie z. B. einer zukunftsfähigen Berner Fachhochschule zum Durchbruch verhelfen will, muss alles dafür tun, die Senkung der Motorfahrzeugsteuern zu verhindern und die Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern rückgängig zu machen. Gemeinsam können wir diese Abstimmungen gewinnen und aus der Steuersenkungsfalle herauskommen.

*Bäise Kropf und Corinne Schärer,*

*GB-GrossrätInnen*

# Politische Partizipation für alle – bald eine Realität?

**Das Antragsrecht für Ausländerinnen und Ausländer ist ein kleiner aber bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Dem Integration kann nicht befohlen, sondern muss gelebt werden.**



Mehrere Kantone unterstützen die politische Integration, indem sie das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen auf kommunaler bzw. kantonaler Ebene eingeführt haben. Im Kanton Bern gelang es trotz verschiedener Anläufe leider nicht, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene zu verankern. Dies obwohl die Stadt Bern mit 51 Prozent JA-Stimmenanteil der Forderung der kantonalen Initiative «zäme läbe – zäme schtimme» nach einem fakultativen Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene zugestimmt hatte.

Der Stadtrat hat im letzten Dezember einer GB-Motion, welche ein Antragsrecht für Ausländerinnen einführen möchte, deutlich zugestimmt. Mit einer noch festzulegenden Anzahl Unterschriften sollen diese ihre Anliegen per Antrag an den Stadtrat stellen können. Die politische Partizipation ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Integration. Sie unterstützt die aktive Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und fördert das Engagement in der Bevölkerung. Durch die politische Teilhabe und Teilnahme übernehmen die Migrantinnen Verantwortung und werden als Teil der Gesellschaft wahrgenommen. Das GB ist überzeugt, dass ein solches Zugeständnis von den ausländischen Mitbewohnerinnen in Bern sehr gut aufgenommen würde. Dies obwohl das beantragte Antragsrecht noch keine echte politische Beteiligung darstellt. Zuerst muss aber der Stadtrat bzw. die Stimmbewölkerung der gesetzlichen Grundlage zustimmen. Die Arbeit hat also erst angefangen.

*Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin*

## Vorstösse | Erfolge

### Stadt

Welchen Beitrag kann das GB zum internationalen Jahr der Biodiversität leisten? Diese Frage stellte sich die AG Ökologie im Sommer 2010. Aus der Diskussion resultierten drei Vorstösse, welche im Herbst allesamt im Berner Stadtrat eine Mehrheit fanden: Der erste zielt darauf ab, die Informations- und Beratungsangebote der Stadtgärtnerei, die auf ein reges Interesse der Bevölkerung gestossen sind, weiterzuführen und auszubauen. Der zweite greift die Neophytenproblematik auf: Neophyten sind Pflanzenarten, die bei uns nicht

heimisch sind, sich aber übermächtig stark verbreiten und so grosse Schäden anrichten können. Der dritte und wohl wichtigste Vorstoss verlangt, den Anteil an unversiegeltem Boden in Bern zu erhalten. Denn auch in der Stadt braucht die Natur ein Minimum an Platz. Von der Vielfalt an Arten, Sorten und Lebensräumen profitieren wir alle – Grünflächen sind wichtig für die Lebensqualität. Die Förderung der Biodiversität in Bern ist eine GB-Erfolgsgeschichte – nun sind von der Stadtplanung kreative Lösungen gefragt.

# Vom Atomüllfass bis zur Solar Dusche

**Esther Hegglin und Regula Tschanz – weshalb macht ihr bei der AG Ökologie mit?**



«Wir haben viel vor!»  
Regula Tschanz und Esther Hegglin, Mitglieder der GB-Arbeitsgruppe Ökologie

mit Ressourcen in der Stadt Bern. In der Arbeitsgruppe können wir uns aktiv für Grüne Themen einsetzen, konkrete Anliegen einbringen und uns für unsere Ideen stark machen. Dieses Engagement ist uns wichtig – und das Diskutieren, Planen und Umsetzen von Ideen in der Gruppe macht Spass.

### Wie ist denn die Arbeitsgruppe organisiert?

● Eine Kerngruppe von sechs Personen trifft sich regelmäßig. Dazu gehören auch die GB-Stadträtinnen, die für die Themen Energie, Stadtentwicklung und Verkehr zuständig sind. In ungewohnter Atmosphäre tauschen wir unsere Ideen aus, planen die nächsten Aktionen oder diskutieren aktuelle Medienberichte und Bücher. Neben der Kerngruppe gibt es zahlreiche Personen, die uns mit ihrem Expertenwissen zur Seite stehen oder uns bei einzelnen Anlässen unterstützen. Über Verstärkung jeder Art freuen wir uns natürlich jederzeit!

### Welche Themen habt ihr in der AG Ökologie in letzter Zeit bearbeitet und wo kommt ihr Erfolge verbuchen?

● Ein grosser Erfolg für das GB und die AG Ökologie war, dass wir die Initiative «EnergieWendeBern» zur Abstimmung bringen konnten, die in der Stadt Bern zum Beschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2039 geführt hat. Im November 2010 haben die BernerInnen den Gegenvorschlag zur Initiative mit über 60 Prozent JA-Stimmen angenommen. Das Jahr 2011 stand stark im Zeichen des Atomausstiegs. Für die Abstimmung über ein neues AKW im Mühleberg haben wir einen YouTube-Spot gedreht und die

BernerInnen mit auffälligen Aktionen auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam gemacht. Wir haben beispielsweise symbolisch Atomüll in PassantInnen verteilt und ein Atomüllfass vor dem BKW-Hauptsitz vergraben. Mit bunten Strassenaktionen, aber auch mit parlamentarischen Mitteln oder dem Organisieren von Podiumsdiskussionen haben wir versucht, unsere Anliegen auf verschiedenen Ebenen einzubringen. So haben wir in den letzten Monaten zahlreiche Unterschriften für die beiden Initiativen der Grünen Schweiz gesammelt, eine Mitgliederversammlung zum Thema Stadtentwicklung sowie eine Podiumsveranstaltung zu erneuerbaren Energien organisiert. Weiter haben wir die Vernehmlassung zum Teilverkehrsplan Stadteil 5 (Breitenrain-Lorraine) verfasst und zusammen mit den Jungen Grünen die Idee einer Solar Dusche im Marzlibad lanciert.

### Was steht an im neuen Jahr?

● Wir werden sicher das Thema Stadtentwicklung weiterverfolgen und uns für die Förderung des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbaus engagieren, denn gemeinnützige Siedlungen haben auch bedeutende ökologische Seiten. Sie haben einen geringeren Wohnflächenverbrauch pro Kopf und gehen mit dem beschrankten Bauland sorgfältig um.

Auf kantonomer Ebene stehen zwei für uns besonders wichtige Entschiede an. Für die Abstimmungen über die Motorfahrzeugsteuern (im Juni, September oder aber sogar erst im November dieses Jahres) und die Grüne Initiative «Bern erneuerbar» (wohl im November) werden wir wiederum mobilisieren, Flyer verteilen und Anlässe durchführen.

Last but not least versuchen wir im Vorfeld der städtischen Wahlen mit originellen Aktionen auf uns aufmerksam zu machen und so die GB-Kandidierenden zu unterstützen.

Interview: Johannes Kunzler, GB-Arbeitsgruppe Redaktion

## aktions

### Verstärkung gesucht!

Wer möchte in der GB-Arbeitsgruppe Ökologie mitmachen, mitdenken, mitbestimmen? Interessierte melden sich bitte bei Franziska Grossenbacher, der AG-Koordinatorin unter: fragoba@gmx.ch

## Veranstaltungen

● Do, 8. März, Bern  
**Tag der Frau**  
 Am diesjährigen Internationalen Frauentag organisiert u.a. die DEZA ein öffentliches Forum zum Thema: «Wie kann man Kleinstkredite für Frauen nützlicher machen?», in der Frauenzentrale liest Michèle Korten aus ihrem Buch «Wie Frau sein» mit anschließender Diskussion und Marche Mondiale des Femmes organisiert ein Podium zum Thema Abtreibungsrecht. Informationen unter: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

● So, 11. März, Mühleberg  
**Menschenstrom gegen Atom**  
 Mit einem Marsch in der Umgebung des Schrottreaktors Mühleberg am ersten Jahrestag der Nuklearkatastrophe von Fukushima wollen wir gemeinsam, gewaltfrei und zu Fuss auf das Leid und die Risiken aufmerksam machen, welche unvermeidbar mit der Nutzung der Atomenergie verbunden sind. Informationen und Newsletter unter: [www.menschenstrom.ch](http://www.menschenstrom.ch)

● Mo, 9. April, 13:00 Uhr, Eichholz an der Aare  
**Ostermarsch: «Stopp der wirtschaftlichen Gewalt – Rohstoffe zum Leben»**  
 Die skrupellose Ausbeutung der Rohstoffe bedeutet Gewalt gegen Mensch und Natur. Deshalb fordert der diesjährige Ostermarsch u.a.: Firmen mit Schweizer Sitz sollen dazu verpflichtet werden, die hier geltenden Regeln auch in ihren Firmen im Ausland durchzusetzen, und die Schweiz soll international für echte Sicherheit durch Bildung, soziale Sicherheit und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur sorgen. Informationen unter: [www.ostermarschbern.ch](http://www.ostermarschbern.ch)

## Arbeitsgruppen

**Sekretariat**  
 Grünes Bündnis Stadt Bern  
 Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,  
 Postfach 6411, 3001 Bern, Tel.: 031 301 82 09,  
[info@gbbern.ch](mailto:info@gbbern.ch)  
[www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)  
 Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:  
<http://www.facebook.com/GruesesBuenndnisBern>  
 PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

- **Frauenpolitik**  
 23. Februar, Kontakt: [regula\\_buehlmann@bluewin.ch](mailto:regula_buehlmann@bluewin.ch)
- **Ökologie**  
 15. März, Kontakt: [fragroba@gmx.ch](mailto:fragroba@gmx.ch)
- **Internationales und Migration**  
 28. März, Kontakt: [asancar@bluewin.ch](mailto:asancar@bluewin.ch)
- **Wirtschaft**  
 21. Februar, Kontakt: [thomas.bauer@normail.ch](mailto:thomas.bauer@normail.ch)
- **Bildung**  
 19. März, Kontakt: [cor.schaerer@bluewin.ch](mailto:cor.schaerer@bluewin.ch)
- **Leitender Ausschuss**  
 22. Februar, Kontakt: [info@gbbern.ch](mailto:info@gbbern.ch)

## Interna

● Am Mo, 20. Februar, findet der nächste GB-Stammtisch ab 20:00 Uhr im Restaurant O'holles, Bolliwe 35, 3011 Bern statt. Am Mi, 7. März, findet die nächste GB-Mitgliederversammlung statt. Informationen unter: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

**Impressum:**  
 Die Zeitschrift grün, für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich. Abo-Preis: 20 Franken.  
**Redaktion:**  
 Sabine Baumgartner,  
 Monika Hächer, Natalie Imboden, Johannes Künzler, Hans Niklaus, Stephanie Penner.

**Fotos:**  
 Norbert Braun, Monika Flickinger, Severin Nowacki, Herbert Schweizer.  
**Gestaltung:**  
 transform.ch  
**Druck:**  
 Bubenberg Druck und Verlags-Ag, Bern.  
 Redaktionschluss grün: Nr.7: 2. April 2012.



Judith Gasser, GB-Stadträtin

## Schluss

## Flower Power!

Guerilla Gardening ist schamparhip, es ist angekommen auf den Stif-Seiten der Sonntagszeitungen: Immer ein paar Blumensamen im Hosenack des ökologisch bewussten Kunstudenten ... oder eine Verkehrsinse! Irigendo in London oder Berlin, die von ein paar jungen Leuten bei Nacht und Nebel umgegraben wird... Doch in Bern ist Guerilla Gardening noch nicht richtig angelegt. Ist es hier einfach schon grün genug? Oder sind wir nicht hip genug? Natürlich weder noch. Vielleicht nur etwas langsamer. Wohl hegen auch wir eine sympathische Skepsis gegenüber allem martialischen Klingenden. Doch Guerilla Gardening ist eine heitere (Anbau-)Schlacht, die uns überdies direkt etwas angeht und mit wenig Aufwand führbar ist. Selbstverständlich nur mit völlig unblütigen und wenig aggressiven Methoden. Unversiegelter Boden ist in der Stadt ein ebenso rares wie wichtiges Gut – und öde, verwahrloste, vermillte Grünflächen sind ein Skandal! Guerilla Gardening ist nicht nur grün, es ist total GB! Es ist Reclaim-the-green. Es ist Bewegung. Es ist ein bisschen subversiv, aber nicht richtig illegal. Es ist ein Nicht-lange-Fakein. Machen, nicht zuerst fragen. Mehr Blo, mehr Diversität. Es ist Grafik: Meine bunten Spuren in der ganzen Stadt. Es ist ein Trotz dem kleinlichen Jät-Eifer, auch weil es individuelle Verantwortung und Sorge für ein (grünes) öffentliches Gut ist. Es ist politisch. Es ist Flower Power im eigentlichen Sinn: Blumen und Macht. Es ist letztsäen-und-im-Herbst-ernten. Es ist Grüner Wahlkampf in Reinform. Auf!